

## Themen in dieser Ausgabe:

- Beschäftigungsstatistiken jetzt im Internet
- Sachgrundlose Befristung
- Treffen der Kooperationsstellen
- Was ist und leistet Bürgerwissenschaft?
- Arbeit 4.0
- Zusammenhalt vor Ort

## Impressum:

Kooperationsinfo:  
Informationen der Kooperationsstelle  
Wissenschaft - Arbeitswelt  
Sozialforschungsstelle  
Technische Universität Dortmund

HerausgeberInnen:  
Klaus Boeckmann, Klaus Kock,  
Redaktion: Iris Kastel-Driller  
Design: Michael Banos

Evinger Platz 15  
44339 Dortmund  
Tel.: (0231) 8596-140  
Internet: kowa.sfs.tu-dortmund.de  
E-Mail: kowa@sfs-dortmund.de

Auflage: 900

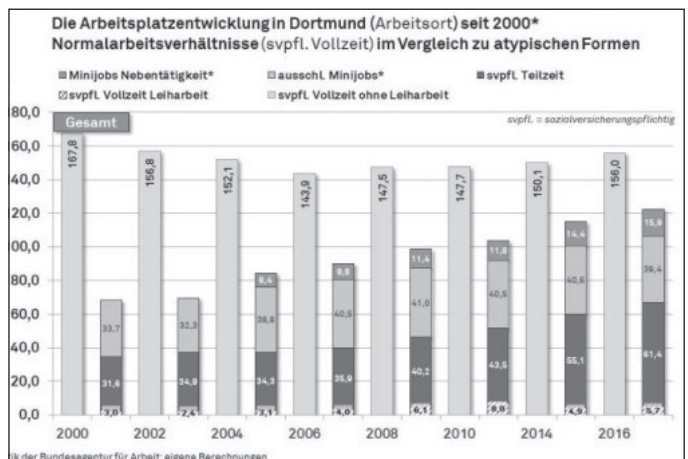
## Beschäftigungsstatistiken jetzt im Internet

(KB) Seit Anfang Januar bietet die Kooperationsstelle einen neuen Service. Auf ihrer Internetseite werden Kurzberichte und Grafiken zur Beschäftigungsentwicklung in den Städten und Kreisen der Region Dortmund-Hellweg sowie im Land Nordrhein-Westfalen präsentiert. Zunächst beschränkt sich das Angebot auf die Gesamtentwicklung, differenziert nach Beschäftigungsformen und Geschlecht. Dargestellt wird auch die Entwicklung des Arbeitsvolumens, um die Dynamik der Umverteilung von sogenannten „Normalarbeitsverhältnissen“ (sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen) in atypische Beschäftigung veranschaulichen

zu können. Später sollen verschiedene Wirtschaftsbereiche bezogen auf die Stadt Dortmund analysiert und ebenfalls im Internet dargestellt werden. Die Angaben sollen alle zwei Jahre aktualisiert werden. Der gegenwärtige Darstellungszeitraum umfasst die Jahre 2000 bis 2016.

Die Entwicklungsprofile der verschiedenen Gebietseinheiten zeigen zwar grundsätzlich eine ähnliche Grundausrichtung bezogen auf die Umverteilungsdynamik. Sie unterscheiden sich jedoch im Detail zum Teil erheblich voneinander. Während das Wachstum an atypischer

Beschäftigung mit 73,4% (Kreis Unna) bis 79,3% (Dortmund) etwa dem Entwicklungstrend des Landes NRW (+78,3%) entspricht, zeigen sich größere Unterschiede in der



Entwicklung der Vollzeitstellen, aber auch der Beschäftigungsstrukturen.

So konnte die Stadt Hamm beispielsweise nach der Finanzkrise 2008/2009 nicht vom allgemeinen Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen profitieren. Im Ergebnis bedeutet das weit überdurchschnittliche Vollzeitstellenverluste seit dem Jahr 2000 (-13,2%). Der Kreis Unna hatte einen erheblich höheren Vollzeitstellenzuwachs (+4,9%) im Vergleich zum Land NRW (-5,6%). Trotz deutlich positiver Entwicklung der Vollzeitstellen in Dortmund seit 2006 waren die

## Fortsetzung: Beschäftigungsstatistiken jetzt im Internet

hohen Stellenverluste, die Anfang der 2000er Jahre durch die Schließung der Stahlstandorte entstanden sind, bisher nicht zu kompensieren. In Dortmund ist darüber hinaus zwischen 2014 und 2016 ein kräftiger Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstellen und der Minijob-Nebentätigkeitsvariante zu erkennen. Wenig veränderte sich dagegen in den Zeit von 2000 bis 2016 an den Beschäftigungsstrukturen im Vergleich der Geschlechter zueinander. Insgesamt bleiben „Normalarbeitsverhältnisse“ zu etwa zwei Dritteln männlich und atypische Arbeitsverhältnisse zu zwei Dritteln weiblich.

Auf Anfrage können die Ergebnisse der statistischen Auswertungen beispielsweise im Rahmen eines Referates differenziert dargestellt und erläutert werden.

Die Beschäftigungsstatistiken im Internet: [www.kowa.sfs.tu-dortmund.de](http://www.kowa.sfs.tu-dortmund.de) (Arbeitsschwerpunkte/ Region & Beschäftigung).

Ansprechpartner: Klaus Boeckmann

## Sachgrundlose Befristung

(KB) Befristete Beschäftigung gehört ebenso zur atypischen Beschäftigung wie sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung oder Leiharbeit. Der DGB beziffert die Zahl der befristeten Beschäftigten Arbeitnehmer\*innen mit Verweis auf das Statistische Bundesamt auf



3,2 Mio. im Jahr 2015, mehr als 1,5 Mio. davon ohne Sachgrund. Die Rahmenbedingungen für eine Befristung sind im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) geregelt. Arbeitnehmer\*innen dürfen bis zur Dauer von zwei Jahren (mit einer dreifachen Verlängerung) sachgrundlos befristet beschäftigt werden. In der Praxis gibt es jedoch zahlreiche Möglichkeiten, Vertretungsbedarfe zu formulieren und betrieblich fragwürdig sind. Befristungen sind nicht nur ein Instrument zur Vermeidung von personellen Engpässen, sondern auch zur Flexibilisierung – zu Lasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Etwa 1,3 Mio. befristet Beschäftigte sind zwischen 20 und 30 Jahre alt und

finden sich in der Berufseinstiegsphase. 1,7 Mio. befristet Beschäftigte sind bereits älter als 30 Jahre und haben diese Phase längst hinter sich. Sie befinden sich häufig in einem Zustand permanenter Probezeit mit einem erheblichen Prekaritätsrisiko. Besonders auffällig ist der hohe

Anteil von Befristungen im öffentlichen Dienst. Nach Angaben des WSI (2015) umfasste der Anteil der Befristungen bei Neueinstellungen 60%. Aber auch andere Branchen und Berufsgruppen sind

betroffen. Überall dort, wo ein hohes Angebot an beruflichen Arbeitskräften existiert, ist die Wahrscheinlichkeit groß, unternehmerische Risiken auf Arbeitnehmer\*innen durch Befristungen abzuwälzen. Der DGB fordert deshalb, das Instrument der sachgrundlosen Befristung ersatzlos abzuschaffen.

Die Kooperationsstelle plant für das zweite Quartal eine Veranstaltung zu dem Thema „Sachgrundlose Befristungen“ durchzuführen und die Problematik anhand von Praxisbeispielen aus der Region zu thematisieren. Es sollen auch Möglichkeiten erörtert werden, wie sich Befristungen vermeiden lassen.

Ansprechpartner: Klaus Boeckmann

## Treffen der Kooperationsstellen

(KK) Beim Jahrestreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kooperationsstellen in Oldenburg war die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften das wichtigste Thema. In Form eines „World-Cafés“ mit Vertretern von IG Metall, ver.di und GEW wurde über den Stand der Zusammenarbeit gesprochen, und es wurden Ideen zu ihrer Intensivierung ausgetauscht. Es zeigte sich, dass an vielen Orten gemeinsame Projekte durchgeführt werden, von Diskussionsveranstaltungen über Seminare und Praktika für Studierende bis hin zu gemeinsamen Forschungs-

projekten. Diese Kooperation kann und soll weiter ausgebaut werden.

Der prekäre Zustand mancher Kooperationsstellen macht es erforderlich, dass Gewerkschaften sich stärker um politische Unterstützung bemühen. Entsprechende Anträge liegen verschiedenen Bezirkskonferenzen des DGB zur Beschlussfassung vor. „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern ..., die Kooperationsstellen Wissenschaft und Arbeitswelt zu stärken und auszubauen.“ heißt es im Beschluss der Bezirkskonferenz des DGB NRW vom 8./9. Dezember 2017.

Auf dem Bundeskongress des DGB im Mai 2018 wird die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft einen Antrag stellen, der DGB möge sich dafür einsetzen, für alle Hochschulen Kooperationsstellen zu etablieren. Gefordert wird eine dauerhafte Finanzierung der Arbeit von Kooperationsstellen aus öffentlichen Mitteln. Um diese Ziele zu erreichen und um die Vernetzung von Kooperationsstellen und Gewerkschaften zu stärken, soll der DGB weiterhin eng mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kooperationsstellen zusammenarbeiten.

Ansprechpartner: Klaus Kock

# Was ist und leistet Bürgerwissenschaft?

(KK) Was kommt dabei heraus, wenn Forschung von engagierten Laien außerhalb von Hochschulen und Instituten betrieben wird? Genügt eine solche Forschung wissenschaftlichen Standards, sind die Ergebnisse zuverlässig? Darüber diskutierten Kolleginnen und Kollegen aus Kooperationsstellen auf ihrem Jahrestreffen am 7. und 8. Dezember 2017 in Oldenburg. Das einleitende Referat hielt Peter Finke. Er lehrte Wissenschafts-, Sprach- und Kulturtheorie an der Universität Bielefeld, bis er 2006 aus Protest gegen die „Bologna-Reform“ aus dem regulären Dienst ausschied. Seitdem engagiert er sich vor allem für die Bürgerwissenschaft.

Der Begriff „Bürgerwissenschaft“ ist dem englischen Begriff „Citizen Science“ nachgebildet, der weniger abwertend klingt als die Begriffe „Amateur-“ oder „Laienwissenschaft“. Im Vergleich zur Berufswissenschaft beschränkt sich Bürgerwissenschaft weitgehend auf Arbeitsweisen und Themenbereiche, die auch solchen Personen zugänglich sind, die nicht professionell dafür ausgebildet wurden. Bürgerwissenschaftler\*innen

- arbeiten in der Regel ehrenamtlich ohne Anstellung im Wissenschaftssystem,
- sind unabhängig von wissenschaftlichen Institutionen und deren Strukturen.
- forschen an Fragestellungen, die sich aus der konkreten Praxis vor Ort ergeben.
- forschen ohne Rücksicht auf fachspezifische Grenzen in zusammenhängenden Wissensfeldern aus ihrem eigenen Erfahrungskontext
- sind nicht nur um der reinen Erkenntnis willen aktiv, sondern wollen zugleich praktisch etwas verändern.

Im Buch „Freie Bürger, freie Forschung. Die Wissenschaft verlässt den Elfenbeinturm“ (oekom verlag; München 2015, s. auch: [www.buergerschaffenwissen.de](http://www.buergerschaffenwissen.de)), das Peter Finke herausgegeben hat, werden zahlreiche Beispiele beschrieben.

Eines handelt von Aquarianern, die durch Langzeitbeobachtung der Fische im Aquarium in der Lage waren, den Profi-Kollegen aus der akademischen Biologie eine alternative Ordnung der Fischarten vorzuschlagen, die sich nicht an äußeren Merkmalen der Tiere orientiert, sondern an ihren Verhaltensweisen (S. 72f.). Bekannt geworden sind einige Jugendliche, die, weil die stadtoffiziel-



len Archäologen auf einen Hinweis nicht reagierten, selbst im Keller ihres Elternhauses Teile eines römischen Grabmals ausgruben, musterhältig dokumentierten und interpretierten (S. 80f.).

Um ihre Ablehnung der Atomenergie empirisch zu untermauern, erforschte eine Bürgerinitiative im Selbstversuch, wie sich in ihrer Siedlung Strom einsparen ließe, ohne die Lebensqualität einzuschränken. Heraus kam eine Anleitung zum Stromsparen, es wurde eine Firma gegründet zur Förderung alternativer Energien. Schließlich konnte ein Bürgerentscheid durchgeführt und gewonnen werden zugunsten einer genossenschaftlich organisierten Energieversorgung (S. 100ff.). Und dann war da noch der Busfahrer, der sich für die Reisegruppe bei der Besichtigung eines Kernkraftwerks als

kompetenter Fachmann erwies. U.a. brachte er den offiziellen Firmenvertreter dadurch in Verlegenheit, dass er fragte, wie oft der Reaktor wegen Mängeln abgeschaltet werden musste. So wurde deutlich, dass der „Pannenreaktor“ trotz immenser Kosten kaum etwas beitrug zur regionalen Energieversorgung (S. 105ff.).

Das Konzept der Bürgerwissenschaft stellt explizit das vorherrschende Verständnis infrage, wonach Wissenschaft als ein autonomes Teilsystem der Gesellschaft zu behandeln sei, das nur professionell ausgebildeten Personen Zutritt gewährt. Ist nicht Wissenschaft eher eine Kompetenz, die auf verschiedene Weise, auch ohne Hochschulstudium und Dokortitel erworben und ohne Anstellung im Wissenschaftsbetrieb ausgeübt werden kann? Nach Auffassung von Peter Finke sollte Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft offen sein für Bürgerinnen und Bürger, die Beiträge zum Fortschritt der Erkenntnis leisten wollen. Er verglich die Wissenschaft mit einem ausgedehnten Gebirge, das Täler und Gipfel aufweist. Die professionellen Wissenschaftler\*innen ersteigen ihre Lieblingsberge und neigen dazu, die „Basislager“ in den Tälern zu vergessen, wo viele Laien ebenfalls wissenschaftliche Arbeit leisten.

Wo die professionelle Wissenschaft ihren Überlegenheitsanspruch aufgibt, kann sie sich idealerweise mit der Bürgerwissenschaft ergänzen. Profis forschen in ihrem jeweiligen Fachgebiet an speziellen Fragestellungen, die aus dem praktischen Kontext herausgelöst und im Labor, mit dem Computer oder am Schreibtisch bearbeitet werden. Heraus kommt eine Erkenntnis, aber noch keine Problemlösung. Sie entsteht erst, wenn die Erkenntnis in den lokalen Praxiszusammenhang nicht nur transferiert, sondern regelrecht eingearbeitet wird. Dazu wird das Wissen der Laien über die konkrete Vielfalt dieses Praxiszusammenhangs benötigt. Die Umsetzung allgemeiner wissenschaftlicher Er-



---

## Fortsetzung: Was ist und leistet Bürgerwissenschaft?

kenntnisse in konkrete Problemlösungen, die Installation wissenschaftlichen Wissens in lebensweltliche Zusammenhänge gelingt am ehesten, wenn Akteure beider Seiten dabei zusammenwirken. Dies zu ermöglichen, zu organisieren und zu moderieren ist Aufgabe u.a. von Kooperationsstellen.

In diesem Sinne, so betonte Peter Finke, soll Bürgerwissenschaft die professionelle Wissenschaft nicht ersetzen sondern verändern, und zwar in dem Sinne, dass sie sich öffnet für eine Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, deren Wissen und deren Kompetenzen benötigt werden, um Wissenschaft praktisch zu dem zu machen, was sie theoretisch verspricht: Ein Mittel zur Verbesserung der Welt

Ansprechpartner: Klaus Kock

---

## Arbeit 4.0

(KK) Es verändert sich vieles in der Welt der Arbeit, der Wandel ist sehr dynamisch, seine Folgen sind noch nicht abzusehen. Auf Einladung des ver.di-Bezirks Südwestfalen diskutierten Edelgard Kutzner und Klaus Kock mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Branchen am 27.11.2017 in Hagen über „Arbeit 4.0 – Chancen und Gefahren der Digitalisierung“.

Gegen einen Trend in der öffentlichen Meinung ist zunächst immer wieder zu betonen, dass die Entwicklung der Arbeit keinen Naturgesetzen folgt, sondern von Menschen gemacht wird. Dabei gibt es nach wie vor unterschiedliche Interessen. Gewerkschaften sollten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aktiv in die künftige Gestaltung von Produktions- und Dienstleistungsprozessen einbringen.

So wäre darüber zu reden, wie die Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Beschäftigten in Automatisierungsprozessen wahrgenommen und ausgeweitet werden könnten. Ein weiterer Aspekt wäre die Förderung

von Fähigkeiten der Beschäftigten zur Wahrung ihrer eigenen Interessen, insbesondere was Leistungsanforderungen betrifft. Mit Bezug auf prekäre Beschäftigungsformen (z.B. des sog. Crowdfunding) wäre zu überlegen, wie sie besser reguliert werden können, um eine ruinöse Konkurrenz der Arbeitskraftanbieter zu verhindern.

Zum Zusammenhang von Digitalisierung, Arbeit 4.0 und Geschlecht existieren bislang kaum aussagekräftige Forschungsergebnisse. Notwendig wären differenzierte Erkenntnisse über die Entwicklung der Arbeit in den Betrieben im Kontext der Digitalisierung mit dem Fokus auf Geschlecht. Dabei sollten auch bislang von Frauen bzw. von Männern dominierte Arbeitsbereiche (Branchen und Tätigkeiten) in den Blick genommen werden und ggf. Unterschiede herausgearbeitet werden. Daraus könnten sich Hinweise ergeben, u.a. zur geschlechtergerechten Gestaltung digitalisierter Arbeit und Technik, zu Anforderungsprofilen und zu Qualifizierungsbedarfen.

Ansprechpartner: Klaus Kock

---

## Zusammenhalt vor Ort

(KK) Auf Einladung von Sozialdezernentin Zoerner trafen sich am 12.12. die Mitglieder der Kommission Soziale Stadt Dortmund und weitere engagierte Bürgerinnen und Bürger, um über den sozialen Zusammenhalt in Dortmund zu diskutieren. Die Kommission (Klaus Kock ist dort Mitglied als Vertreter der Sozialforschungsstelle) wurde vor 10 Jahren ins Leben gerufen, um die städtischen Aktivitäten zum Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund zu begleiten. Empirisch untermauert durch eine systematische Sozialberichterstattung sollen die soziale Lage sowie die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Menschen in allen Lebensbereichen nachhaltig verbessert werden. In der Kommission berichten die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt regelmäßig über geplante und laufende Maßnahmen.

Auf der Tagung am 12. Dezember wurde über die Ergebnisse einer

Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Zusammenhalt vor Ort berichtet. Zur empirischen Messung des Zusammenhalts hat die Stiftung eine

Fragebogenerhebung durchgeführt. Die Auswertungen zeigen, dass es „um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gut bestellt (ist). Auch die wachsende kulturelle Vielfalt steht dem Gemeinsinn nicht entgegen.“ Allerdings ist der gemessene Zusammenhalt in strukturschwachen Regionen schwächer als in prosperierenden Regionen (Pressemeldung der Bertelsmann-Stiftung vom 11.12.2017).

Für die Städte Rostock, Dessau, Lippstadt und Dortmund wurden noch einmal gesonderte Erhebungen durchgeführt. Die Unterschiede sind dabei eher gering. In Bezug auf Dortmund wird festgestellt, dass soziale Netze hier etwas ausgeprägter sind als in den anderen Städten. Die aufgrund der gewählten Methode sehr allgemeinen Erkenntnisse erlauben noch keine Hinweise darauf, wie in der jeweiligen Kommune der soziale Zusammenhalt zu stärken wäre. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Dortmund arbeiten zurzeit an einem aktuellen Bericht zur sozialen Lage, der differenzierter auf die Stadtteile, insbesondere auf Sozialräume mit besonderen Problemlagen eingeht.

Ansprechpartner: Klaus Kock